

# Was Deutschland braucht

Eine Rede des Vorschalters u. Weltlich und Gaffron.

Neugork, 1. März.

Der deutsche Vorschalter Gaffron hielt heute bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer im Neunorcker Bankerclub eine Rede, in der er ausführte, die völlige wirtschaftliche Gesundung Deutschlands hänge hauptsächlich von der Lösung dreier Probleme ab, 1. von der Rationalisierung des Produktions- und Verkaufsapparates, 2. von der Teilnahme an der wirtschaftlichen Aufzucht bzw. Entwicklung anderer Länder und 3. von der Möglichkeit der Erfüllung der öffentlichen und privaten finanziellen Verpflichtungen an das Ausland.

Die Produktionsfähigkeit habe unter dem Zeichen der allgemeinen pünktigen Wirtschaftshinwendung des vorigen Jahres wieder einen hohen Grad erreicht. Dagegen liege die große Passivität der Handelsbilanz und die unglückliche Zahlungsbilanz erkennen, daß der Einfuhrüberschuß und die in der zu leistenden Reparationen bisher zweifellos in weitgehendem Maße aus dem Erlös der auswärtigen Anleihen gedeckt wurden, was auf die Dauer nicht fortgesetzt werden könne. Alle privaten und öffentlichen finanziellen Verpflichtungen an das Ausland müßten letzten Endes aus den Ausfuhrüberschüssen gedeckt werden. Die große Steuerlast verteuere die Produktion und beschränke die Kaufkraft des heimischen Marktes. Streif durchgeführte Sparmaßnahmen zur Ermäßigung der Steuerbelastung hätten nur eine beschränkte Wirkung, weil der größte Budgetposten, nämlich die Reparationen, die die deutsche Wirtschaft zudem noch mit anderen Abgaben schwer belasten, der Kontrolle der deutschen Regierung entzogen sei. Derartige große Verpflichtungen seien nur erfüllbar, wenn Deutschland Gelegenheit erhalte, an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Reichsländer teilzunehmen, wodurch neue Kaufkraft zur Aufnahme von Waren geschaffen würde. Eine solche Beteiligung sei nur durch enge Zusammenwirken zwischen Nationen mit Kapitalüberschuß und solchen Ländern möglich, die die erforderlichen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen bieten. Unter den Nationen mit Kapitalüberschuß ständen die Vereinigten Staaten an erster Stelle, während Deutschland über die erforderliche Technik und Wirtschaft in vollem Umfange verfüge. Deshalb seien Deutschlands Augen auf die Vereinigten Staaten gerichtet; das dringende notwendige Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten liege im Interesse beider Länder.

## Endgültig angenommen

Die letzte Abstimmung über die Freigabe-Bill.

Neugork, 1. März. Nachdem gestern der Senat die Eigentumsfrage verabschiedet hatte, stimmte heute das Plenum des Repräsentantenhauses der Freigabe zu. Sie geht damit dem Präsidenten Coolidge zur Unterschrift zu.

## Englands neuer Vorschalter

Sir Horace Rumbold zum Vorschalter in Berlin ernannt.

London, 1. März. Sir Horace Rumbold ist nunmehr zum neuen englischen Vorschalter in Berlin ernannt worden.

Der neue Berliner Vorschalter ist 59 Jahre alt, entstammt einer alten Diplomatenfamilie und ist eine der markantesten Persönlichkeiten der britischen Diplomatie. Seine Karriere, die 1890 im Korea Office begann, führte ihn nach Kairo, Athen, Teheran, Wien und Madrid, bis er 1908 Geschäftsträger in München wurde; als Vorschaltersrat und zeitweilig Geschäftsträger fungierte er von 1909 bis 1913 in Tokio, wurde November 1913 Vorschaltersrat in Berlin und vertrat in dieser Eigenschaft als Geschäftsträger in den entscheidenden Julimonaten des Jahres 1914 den Vorschalter Sir Edward Goschen bis zu dessen Rückkehr aus dem Urlaub am 27. Juli. 1918 wurde er Gesandter in Bern, 1919 in Warschau, 1920 Vorschalter in Konstantinopel und 1926 in Madrid. Seine außerordentlichen Sprachkenntnisse — er beherrscht u. a. arabische, persische und japanische Sprache neben der deutschen und französischen — sind ihm bei seiner bisherigen glanzvollen Laufbahn besonders zuzustatten gekommen.

Die persönlichen Eigenschaften des künftigen Berliner Vorschalters werden gleichfalls hochgeschätzt. Seine große Aufrichtigkeit und seine politische Mäßigung, werden von allen Stellen anerkannt, die bisher mit Sir Horace Rumbold zusammen zu arbeiten hatten. Er gilt als kluger und weltlicher Diplomat, der daneben ein starkes gesellschaftliches Talent besitzt und in der Aufgabe der Repräsentation wirksam durch seine Gattin, die Tochter eines bedeutenden Diplomaten, unterstützt wird.

Auf deutsch er Seite konstatiert man dieser Ernennung mit Befriedigung, daß die britische Diplomatie wiederum einen ihrer Besten für den Berliner Posten bestimmt hat und ist überzeugt, mit Sir Horace Rumbold dieselben guten Beziehungen erhalten und pflegen zu können, die uns mit seinen beiden Amtsvorgängern verbanden.

## Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Polen

Warschau, 1. März.

Die beiden Delegationsführer bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Heremes und Dr. von Twardowski, haben heute eine eingehende Aussprache über die weitere Behandlung des Arbeitsprogramms gehabt und, soweit der technische Stand der Arbeiten in Frage kommt, bestimmte Termine in Betracht gezogen. Dr. Heremes ist heute abend wieder nach Berlin abgereist.

## England und Transjordanland

Jerusalem, 28. Februar.

Ein Vertrag zwischen Großbritannien und Transjordanland wurde gestern unterzeichnet. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, es wird jedoch angenommen, daß der Vertrag demjenigen zwischen Großbritannien und dem Irak entspricht.

# Die Not der Landwirtschaft

Die Reichstagsdebatte über die Hilfsmahnahmen des Notprogramms

Berlin, 1. März.

Der Reichstag begann in seiner gestrigen Sitzung die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Reichsernährungsminister Schiele leitete die Verhandlungen mit einer längeren Rede ein.

Die deutsche Landwirtschaft, so führte er aus, an einen Wendepunkt und bedürfe der Hilfe, wenn nicht ein schweres Verhängnis für die ganze deutsche Wirtschaft heraufbeschworen werden soll. Die im Notprogramm der Regierung vorgesehene Umschuldungsaktion könne die Landwirte nur hinwegjagen über die Zeit bis zur nächsten Ernte. Eine dauernde Hilfe könne sie nicht bringen, die könnte nur bewirkt werden dadurch, daß durch wirtschaftliche Maßnahmen die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird. Die schwierige Betriebslage der Landwirtschaft wird wesentlich verschärft durch die

### Beihilfen auf dem Viehmarkt

Die Schweinepreise der letzten Monate liegen 20 Prozent unter den Erzeugungskosten. Dadurch werden gerade die Kleinbauern und Landarbeiter am schwersten getroffen. Unter diesen Umständen bedeutet es geradezu eine Gräueltat der Landwirtschaft, wenn sie dennoch den Viehbestand auf das Maß der Vorkriegszeit gebracht. Das Ziel der Eigenversorgung mit frischem Fleisch in Deutschland ist im wesentlichen erreicht. Der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung hat im letzten Jahre mit 52,42 Kilogramm den Verbrauch der Vorkriegszeit überstiegen. Die sozialwirtschaftliche Not hinsichtlich der Fleischversorgung ist also vorüber. Wollen wir die Erzeugnisse unseres Viehbestandes nicht noch weiter gefährden, so müssen wir die Einfuhr an Fleisch und Viehfleischmehl möglichst eindämmen. Die Regierung beabsichtigt, in ihrem Notprogramm eine teilweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und die Ausdehnung des Einfuhrkontingents auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch. Der Einfuhr von Viehfleisch aus dem Ausland soll durch eine gleichmäßige Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperrn und durch eine Aufhebung der bisherigen Einfuhrbeschränkungen vorgebeugt werden. (Hört! hört! links.) Für eine bessere Organisation der Marktschließung für Fleisch und Fleisch ist ein Betrag von 22 Millionen als Reichsbürgschaft vorgesehen und weiter ein Betrag von 8 Millionen, der im Ernährungsetat für 1928 angesetzt werden soll. Erreicht werden soll eine Stabilisierung der Viehpreise und eine Verminderung der Preispanne zwischen Erzeuger und Verbraucher. Der Rentendank-Kreditfonds soll die Finanzierung der landwirtschaftlichen Produktion erleichtert werden. Zu dem gleichen Zweck sollen 25 Millionen den Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Als Reaktions für die schnelle Durchführung der vorgesehene Hilfsmahnahmen sind 20 Millionen vorgesehen. Bei der Verwendung der Mittel soll ein Betrag aus Mitteln des Reichstags und des Reichsrats herangezogen werden.

### Die Nachkriegsverschuldung

der Landwirtschaft hat bis Herbst 1927 die erschreckende Höhe von 7 Milliarden erreicht, die Zinsenlast ist auf rund eine Milliarde jährlich angewachsen. Die nächste und drängendste Aufgabe ist die Umwandlung der drückenden hochverzinslichen und kurzfristigen landwirtschaftlichen Schulden in langfristige Realcredite. Zur Durchführung dieser Umschuldung wird die Regierung den territorialen Kreditinstituten Kostenvorschüsse von zunächst 100 Millionen gemähten. Das vorgesehene Hilfsprogramm wird die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise nicht beheben, sondern nur mildern können. Die gewaltige Einfuhr an ausländischen Nahrungsmitteln muß herabgesetzt werden. Von den 4 Milliarden, die im letzten Jahre für eingeführte ausländische Nahrungsmittel ausgegeben wurden, könnten 3 Milliarden der inländischen Erzeugung zugeführt werden. Voraussetzung dafür ist, daß unserer Landwirtschaft durch eine planmäßige Handelspolitik die unbedingt erforderliche Sicherheit und der nötige Rückhalt gegeben wird. Der notwendige

### Selbsthilfe der Landwirtschaft

soll von Reich und Ländern eine gewisse Hilfestellung gewährt werden. In den vorliegenden Etat haben wir eine Million zur Förderung der Geflügelhaltung und Organisation des Eierababes eingestellt. Zur erfolgreichen Gestaltung unserer Zukunft gibt es nur den Weg über eine wiedererfindende deutsche Landwirtschaft. (Beifall rechts.)

Abg. Tempel (So.) meinte, der Landwirtschaft könne nur geholfen werden durch eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Verbrauchermassen. Es ist richtig, daß heute eine Krise in großen Teilen der Landwirtschaft besteht. Eine Ursache der landwirtschaftlichen Krise ist die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland (gr. Unruhe rechts). Wir sind bereit, Mittel für eine bessere technische Schulung zu bewilligen. Eine weitere Ursache ist die Desorganisation des Marktes, die dazu führt, daß der Bauer keine Ware der Spekulation überläßt und ein teilweise paraständlicher Zwischenhandel die Preispanne zwischen Erzeuger und Verbraucher in ungewohnter Weise vergrößert.

Schlieflich ist die Bauernnot eine Landnot, eine Folge der ungenügenden Bodenverteilung, die ihren Ausbruch darin findet, daß stilloch der Elbe hunderttausend Magnaten sitzen, von denen jeder 10 000 Hektar besitzt. Die Verhinderung der Land... (Beifall hat tat-

mäßig eine erschreckende Höhe erreicht. Die Not der Landwirtschaft ist größtenteils verschuldet durch die Politik der letzten Regierung, die nicht die schädliche Preispolitik der Treib- und Kartelle verhinderte, aber die Kaufkraft der Verbraucher massen so schwächte, daß im Ruhrgebiet der Milchverbrauch pro Kopf und Tag nur ein Zehntel über betrug. Es ist nicht wahr, daß die gesamte Landwirtschaft von der Steuerlast erdrückt wird. Im Kreise Breslau ist festgestellt worden, daß 60 Prozent der Ackerbauern keine Einkommensteuer zahlen. Wir fragen den Minister, was wahr ist an den von der Presse behaupteten Beziehungen zwischen Reichsernährungsministerium und der Deutschen Bacon-Gesellschaft. Es handelt sich um eine ausgesprochene Pleite-Firma, die keine Subventionen verdient. Zur Regierung haben wir nicht das Vertrauen, daß sie die Hilfsmittel gerecht verteilt. Wir behalten uns unsere Stellungnahme vor, bis wir die Einzelheiten der geplanten Hilfsmahnahmen übersehen können. Der Bauer steht jetzt in letzter Front. Er wird eher als Sie (nach rechts) glauben, daß mit dem habsburgischen Protektoren in einer Front zusammenfinden (leb. Beifall b. d. So.).

Reichsernährungsminister Schiele verweist in der Angelegenheit der Bacon-Gesellschaft auf sein durch R. T. B. verbreitetes Dokument und erklärt: Ich und mein Ministerium stehen diesen Dingen völlig fern. Alles, was darüber gesagt ist, ist aus der Luft gegriffen.

Abg. Jandern (D. N.) bestritt, daß die große Verschuldung sich auf die Großgrundbesitzer beschränke. Die Not sei ungeheuer groß in allen Kreisen der Landwirtschaft, nicht nur bei den selbständigen Bauern, sondern auch bei den Landarbeitern. Die von der Regierung geplante Hilfsaktion darf nur als ein Anfang angesehen werden. Dauernde Hilfe kann erst geschaffen werden, wenn die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird. Das Kontingent von 120 000 Tonnen zollfreie Gefrierfleisch entspricht einer Menge von 1 200 000 Schweinen. Würden diese Schweine der Landwirtschaft abgenommen, so wäre das schon eine große Hilfe. Die letzten Demonstrationen waren wirklich nicht künstlich gemacht. So große Bauernversammlungen bringt man nicht in den Kreisstädten zusammen, wenn es der Landwirtschaft gut geht. Wenn nicht geholfen wird, kann werden wir Bauern mit unseren Handwerkern und Kaufleuten zusammen nach Paris kommen, um in ruhiger, stiller Demonstration zu zeigen, wie es der Landwirtschaft geht. Der Minister, die uns von der Scholle vertreiben will, tuen wir zu: Der Bauer ist kein Spielzeug, da sei uns Gott dankbar! (Beifall rechts.)

Abg. Rejzke (Ztr.) meinte, die heutige Hilfsaktion komme reichlich spät, nachdem die Landwirte jahrelang vergeblich auf die wachsende Not hingewiesen hätten. Die Not der Klein- und Mittelbauern ist größer als die der Großgrundbesitzer. Ihnen geht es in vielen Fällen schlechter als den Erwerblosen. Neben auskömmlichem Lohn ist den Arbeitern auch ihre Erziehung im Belten der Arbeit und Not gegeben. Davon ist in der Landwirtschaft keine Rede. Die Abwanderung aus landwirtschaftlichen Gebieten ist daher erschreckend, besonders in Ostpreußen und im Westen des Reichs. Das Zentrum erkennt gern an, daß das Notprogramm geeignet ist, zur Milderung der Not der Landwirtschaft beizutragen, die Partei ist daher zur Mitarbeit bereit. Dankbar ist die Landwirtschaft für die jetzt verprochenen härteren Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzkontrolle. Die im Vorjahr erhöhte Richtgröße für die Einkommensteuer müssen mindestens auf die frühere Höhe herabgesetzt werden. Eine wesentliche Steuererleichterung muß kommen, vor allem müssen Reich und Staat die Schulden übernehmen; hoffentlich kommt es darüber zu einer Einigung mit dem Reparationsagenten. Die misbräuchliche Ausnutzung der Erwerbslosenversicherung muß befristet werden. Bei der Kreditverteilung verlangen wir Berücksichtigung der kleinen ländlichen Genossenschaften und vor allem des schwer leidenden Wingerlandes (Beifall im Zentrum).

Abg. Janson (D. N.): Wie war die Not der Landwirtschaft so groß wie heute. Die hohen Zinsen der Neuerschuldung, die alle Betriebsgrößen und -arten treffen, sind geradezu erdrückend. Wir sind bereit, den Minister zu unterstützen; denn solche Hilfe tut not. Dieses Notprogramm darf aber nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Die Industrie hat sich in ihrer Not festgesetzt. Das konnte die Landwirtschaft nicht. Sie ist von den Weltmarktpreisen abhängig. Deshalb braucht sie Zollschutz. Die Umschuldungskredite müssen vor allem den notleidenden Gebieten zugeführt werden. Wir verlangen einen Abbau der Grundsteuern und eine Reform der Arbeitslosenversicherung. (Beifall bei der D. N.)

Abg. Vang (Bayer. Vp.) führte aus, die in den letzten Demonstrationen ausgesprochenen bedauerliche Erregung der Bauern sei verständlich angesichts des Unrechts, das der Landwirtschaft schon seit langen Jahren angetan worden sei. Von besonderer Hilfe bedürfte die bayerische Landwirtschaft. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent sollte gänzlich befristet werden. Das Notprogramm finde die volle Zustimmung der Bayerischen Volkspartei. Das Reich sollte zu seiner Durchführung mit den Ländern zusammenarbeiten. Es konnte sich dabei natürlich nur um eine erste Etappe auf dem Wege zu einer dauernden Gesundung der Landwirtschaft handeln.

Um 18.45 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 13. März, verlegt.

## Der Konflikt Wien—Rom

Wien, 29. Februar.

Gegenüber den in Genf, Budapest und Rom ausgesprochenen Vermutungen, daß die Aufstellung der Südtiroler Frage mit einer bevorstehenden Annäherung zwischen Oesterreich und der Kleinen Entente im Zusammenhang liege, wurde von maßgebender Seite gegenüber dem Vertreter der Telegraphen-Union auf den Schlußpassus der letzten Parlamentsrede des Bundeskanzlers hingewiesen. Dr. Seipel habe gerade in der Südtiroler Debatte ausdrücklich erklärt, Oesterreich beabsichtige nicht, nach irgendeiner Seite eine enge Bindung einzugehen. Es werde dies erst dann tun, wenn es in voller Freiheit seine Entscheidung treffen könne. Im übrigen sei das in Genf vorgeschlagene System der Regionalverträge auf Oesterreich und seine Nachbarn kaum anwendbar. Oesterreich habe mit allen seinen Nachbarstaaten bereits Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, mit einer einzigen Ausnahme, nämlich Deutschland. Zwischen Oesterreich und Deutschland aber komme aus selbstverständlichen Gründen ein solcher Vertrag überhaupt nicht in Frage.

Welsch, 29. Februar.

Die „Politica“ veröffentlicht eine Erklärung, des Belgrader Oesterreichischen Gesandten, Hoffinger, in der Angelegenheit der Erklärungen wegen Südtirol im Oesterreichischen Nationalrat. In den Ausführungen des Gesandten heißt es u. a.: Die im Oesterreichischen Nationalrat gehaltenen Reden haben in gemäßigtem und würdevollem Tone nur Tatsachen er-

wähnt, die nicht geleugnet werden können. Es nimmt mich wunder, daß die Südtiroler Frage ein so vehementes Echo in der italienischen Presse ausgelöst hat. Es wäre kein Wunder, wenn die italienische Presse die Tatsachen demitieren würde. Es ist aber darüber zu staunen, daß sie mit Behauptungen und Verstellungen geantwortet hat. Die Frage ist klar: Die Italiener sind zu empfindlich, und das ist der Grund des ganzen Konfliktes. Meiner Ansicht nach besteht kein Grund für eine diplomatische Aktion. Es hängt alles nur von der persönlichen Haltung Mussolinis ab. Er hat die Sache dazu gebracht, er hat auch die Aufgabe, sie weiter zu entwickeln. Dr. Seipel hat in seiner Rede die gerechtfertigte Stellungnahme des Oesterreichischen Volkes und die Stellung der Deutschen in Südtirol dargelegt, ohne dabei einen Hintertanken zu haben. Oesterreich hat vom Standpunkt des Friedensvertrages aus kein Recht, sich offiziell mit dem Völkerbunde für die Interessen der Minderheiten in Italien ins Unvernehmen zu setzen, weil die Italiener die Konvention über die Sicherung der Minderheiten nicht unterzeichnet haben. Aber keine Macht kann Oesterreich verhindern, die Öffentlichkeit auf die Schicksale der Stammesgenossen in Italien aufmerksam zu machen und uns für unsere Volksgenossen Schicksal zu interessieren.

\* Die Klementengregation besaßte sich, wie uns unser römischer Vertreter dröhrt, heute in einer ordentlichen Sitzung mit der Revision der Statuten der Ordensstifterin Maria Franziska Scherzner.